

# Warnung vor „Streichorgie“

## Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm – Aktion geplant

Von STEFAN RAHMANN

„Kölner gestalten Zukunft. Vereint gegen Sozialabbau“ heißt die Kampagne, mit der die Arbeitsgemeinschaft der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln jetzt an die Öffentlichkeit getreten ist. Pfarrer Franz Decker, Caritasdirektor Köln, verwies auf die dramatische Haushaltslage in der Millionenstadt und die Auswirkungen auf den sozialen Bereich: „Rund 540 Millionen Euro fehlen, um den Haushalt für 2010 ausgeglichen zu gestalten. Ein großer Teil soll nach Vorstellungen des Kämmerers bei den Zuschüssen für Kinder, Ju-

gend und Familien, Senioren, für Gesundheitshilfen, für Bildung und für Überlebenshilfen eingespart werden. Jeder weiß, dass diese Streichorgie keine einmalige Sache, sondern aus strukturellen Gründen auf Dauer angelegt ist. Es werden Dinge zerstört, die so schnell nicht wieder aufgebaut werden können.“

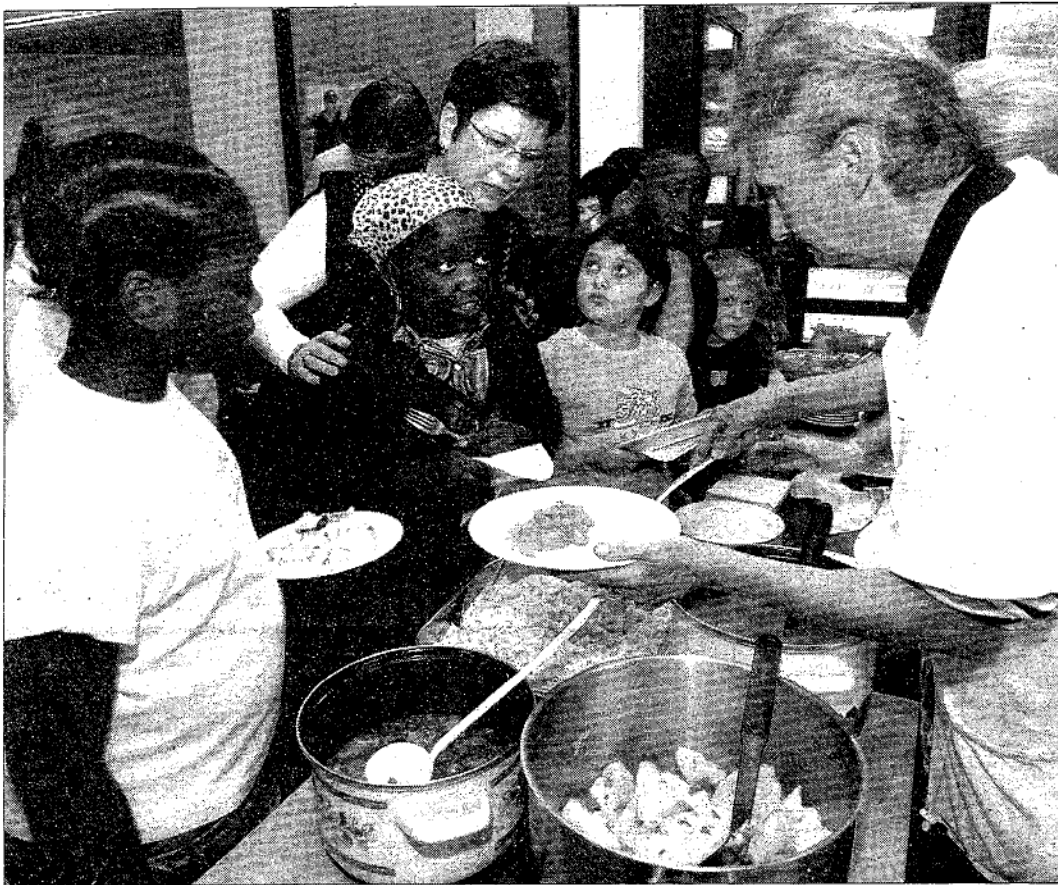
Decker glaubt nicht, dass die Bürger ihre Steuergelder lieber für Hoteliere, Banken und U-Bahn-Bau eingesetzt sehen möchten: „Wenn man die Leute verhungern lässt, ist alles andere unbrauchbar.“ Neben der Caritas sind noch das Diakonische Werk Köln, Der Paritätische, die Arbeiterwohlfahrt

Köln, das Deutsche Rote Kreuz und die Synagogengemeinde Köln an der Kampagne beteiligt. Ulli Volland-Dörmann, Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt in Köln, betonte die Rolle der Spitzenverbände als politische Mitgestalter und Lobbyisten für wirtschaftlich und sozial Benachteiligte. Darüber hinaus beschäftigten sie 25 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer. „Wir sind auch systemrelevant“, sagte sie mit Blick auf den „Rettungsschirm für Banken“. Mit einem „Kölntag“ wolle man Rat und Verwaltung in die Pflicht nehmen, die sozialen Etats nicht mit dem Rasenmäher zu kürzen, erklärte

Helga Blümel, Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes Köln.

An diesem Tag im Vorfeld der Verabschiedung des Haushaltes werde man eine Bühne auf dem Roncalliplatz vor dem Dom aufbauen und umfassend über den Sozialabbau informieren. Unter der Internetadresse [www.koelner-gestalten-zukunft.de](http://www.koelner-gestalten-zukunft.de) sei jeder aufgefordert, sich an der Diskussion über die kommunalen Ausgaben zu beteiligen. Plakate und Flyer unterstützen die Kampagne. Noch sei die Krise nicht in voller Gänze in der Stadt angekommen. „Aber bald wird sie die Familien treffen, in denen Kinder und alte Menschen zu betreuen sind“, so Blümel. „Wir sprechen hier nicht über Sahnehäubchen, sondern über Grundnahrungsmittel“, so Volland-Dörmann. Schließlich sei Köln bundesweit die Stadt mit den meisten nicht qualifizierten Arbeitslosen.

„Wir sind auch Sprachrohr derer, die sich nicht artikulieren können.“ Sie wünscht sich, dass die Kampagne Rat und Verwaltung den Rückhalt gibt, auf „Leuchttürme“ zu verzichten. Die Sanierung des Schauspielhauses werde laut Verwaltung 40 Millionen Euro billiger als der Neubau. Dieses Geld sei im sozialen Bereich besser angelegt. Genauso wie die 60 Millionen Euro für die Unterquerung der Rheinuferstraße durch die neue U-Bahn. „Investitionen in die soziale Infrastruktur der Stadt sind billiger als spätere Reparaturen. Spart man an Eisenbügeln bei der U-Bahn, wird es hinterher deutlich teurer, wie man sieht“, sagte Ulrich Bergmann vom Paritätischen. Kürzungen seien auch ein fatales Signal an Spender und Stiftungen. Bergmann: „Die wollen doch nicht Ausfallbürgen sein für wegbrechende kommunale Mittel.“



Bedürftige Kinder bekommen in der Hoffnungskirche in Finkenbergr ein Mittagsessen. (Foto: Gauger)